

Viel Geld der Bürger für mehr Bürgernähe

Kreisausschuss setzt das Millionenprojekt Landratsamtserweiterung trotz einiger Kritik aufs Gleis

VON ANDREAS REUM

NEUSTADT – Trotz deutlich geäußelter Zweifel hat sich der Kreisausschuss am Montag für ein zusätzliches Landratsamtsgebäude entschieden. Das bloße Abstimmungsergebnis mit zwei Gegenstimmen seitens der Bündnisgrünen spiegelt die kontroverse Debatte aber nur zum Teil wider.

Insbesondere hatte es Landrat Helmut Weiß (CSU) mit parteiinternem Widerstand seines Stellvertreters Hans Herold zu tun. Herold, der in seiner Funktion als Landtagsabgeordneter (und dort im Haushaltsausschuss) auch tieferen Einblick in die bayerischen Staatsfinanzen hat, warnte vor den hohen Ausgaben. Auf insgesamt 39,9 Millionen Euro veranschlagen die Planer das Gesamtvorhaben. Zu diesem gehört neben dem Ergänzungsbau auch die Sanierung der Bestandsgebäude.

Jochen Hinz und Bernd Scholz erläuterten die bisherigen Überlegungen und stellten ein halbes Dutzend Varianten vor, auf welche Weise das Landratsamt erweitert werden könnte. Dass dies notwendig ist, zeigte für Landrat Weiß allein schon die Personalentwicklung. Das vor über 30 Jahren errichtete Amtsgebäude war auf damals rund 210 Mitarbeiter ausgelegt; inzwischen seien es fast 300.

Der zusätzliche Raumbedarf liegt bei etwa 900 Quadratmetern Nutzfläche. Am einfachsten sei dies mit einem zusätzlichen Bauwerk zu bewerkstelligen, ging aus den Erläuterungen von Hinz und Scholz hervor. Mit weiteren Anbauten beziehungsweise einer Gebäudeaufstockung wäre dies nicht zu erreichen. Zudem hätte eine Aufstockung statische Effekte auf das Bestandsgebäude. Welche baulichen Zusatzmaßnahmen dadurch nötig würden, sei noch nicht abschätzbar und vor allem noch nicht

kalkulierbar. Die Planer sprachen von einer eventuell nötigen Fundamentverstärkung.

Ihre Erwägungen mündeten in einem von Hinz als „Campus“ beschriebenen Konzept, das er in verschiedenen Varianten vorstellte. Der Kreisbauausschuss- und anschließend auch der Kreisausschuss sprachen sich bei ihrer gemeinschaftlichen Sitzung jeweils mit 9:2 Stimmen für eine Lösung aus, bei der sich der Zusatzbau architektonisch eng an die Bestandsgebäude anlehnt. Für dieses Konzept soll – laut Terminplanung bis zum Jahresende – eine Genehmigungsplanung erarbeitet werden, so der Beschluss.

Fachliche Kritik gab es vor allem vom Grünen-Rat Manfred Müller. Der Bauingenieur hielt die statischen Probleme für begrenzt und bewältigbar. Insbesondere könne man das bestehende Ziegeldach durch eine wesentlich leichtere Konstruktion ersetzen. Zudem sei es nur eine Teilaufstockung; da das bestehende Pultdach praktisch ja schon ein halbes Geschoss bedeute. Laut Müller könnten allein damit 700 Quadratmeter Bürofläche generiert werden.

Müllers Parteikollege David Muck assistierte, dass künftig – zum Beispiel dank Homeoffice-Lösungen – eher weniger Platz im Amtsgebäude benötigt würde. Statt der aktuell 5900 Quadratmeter würden künftig wohl nur 5400 benötigt, prognostizierte er.

Hans Herold warnt vor absehbarer Finanznot

In dieselbe Kerbe schlug auch Herold. Er verwies unter anderem darauf, dass die Raumbedarfsermittlung aus dem Jahr 2019 stamme – also vor den Homeoffice-Erfahrungen, die man in den vergangenen Pandemienmonaten sammeln konnte. Sein Hauptargument waren aber die Kosten. Die 40 Millionen Euro seien den Bürgern nicht zuzumuten, fand der

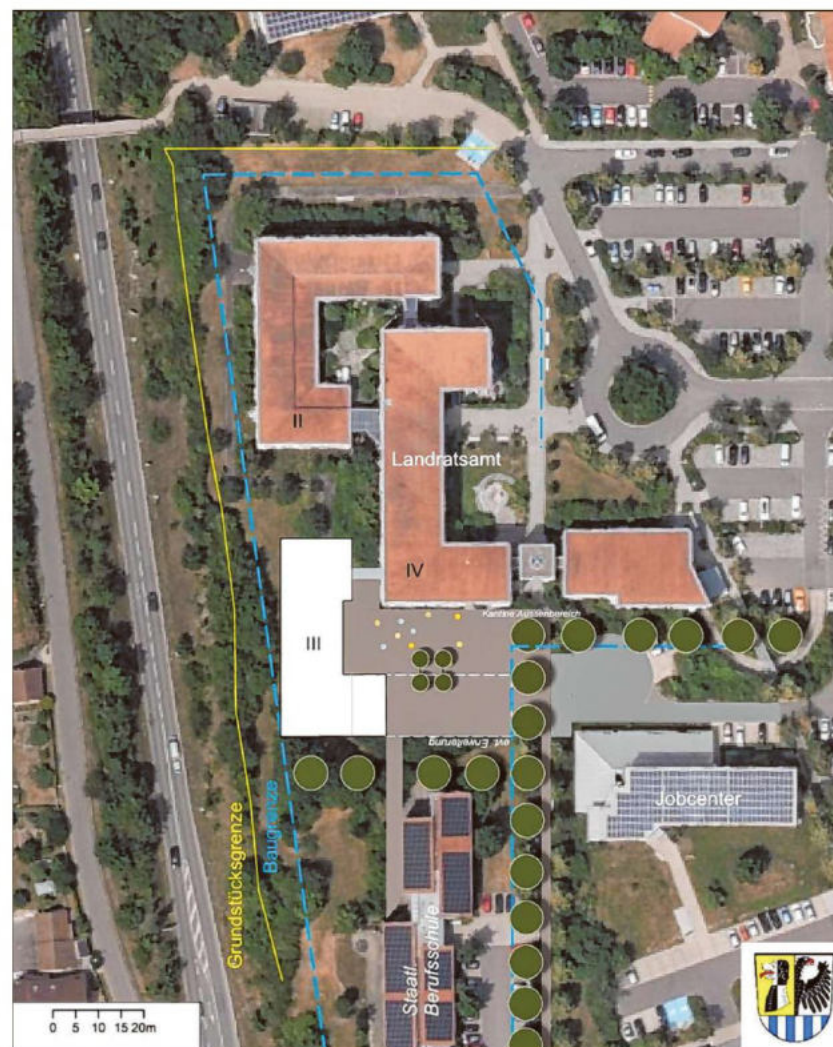
CSU-Politiker. Er warnte auch angesichts der Corona-Auswirkungen vor drastisch sinkenden Einnahmen bei den Gewerbesteuern und – wegen weit verbreiteter Kurzarbeit – auch bei den Einkommenssteuern.

Der bayerische Finanzminister Albert Füracker wisse aktuell nicht, wie er einen Haushalt aufstellen könne, verdeutlichte Herold die allgemein angespannte Finanzlage. Letztlich, so appellierte er an die zahlreichen in den Kreisgremien vertretenen Bürgermeister, sei es das Geld der Kommunen. Denn diese müssen über die Kreisumlage die Kreisbelange finanzieren.

Mit Bürokratieabbau hapert es seit 20 Jahren

Mit hörbarer Emotion in der Stimme antwortete Landrat Weiß, die CSU stehe schließlich für Bürgernähe und dies sei ja das Ziel einer auch baulich modernisierten Verwaltung. Kritik an seiner Partei übte Weiß mit Blick auf den viel beschworenen Bürokratieabbau; dieser gelinge der CSU seit 20 Jahren nicht. Vielmehr würden der kommunalen Ebene, zu der auch die Landkreise zählten, immer mehr Aufgaben aufgebürdet, wie auch andere Räte anmerkten, etwa Bernhard Schurz (SPD), der zu Herolds Entsetzen die Verwaltung noch weiter am Wachsen sah.

Landratsstellvertreter Herold hatte seinen Redebeitrag als – im Ausschuss nicht-stimmberechtigter – Kreisrat mit den Worten eingeleitet: „Ich will mir nicht nachsagen lassen, dass ich nicht den Mut hatte, zu sagen, dass ich anderer Meinung bin.“ Auch gebe es mehrere in der CSU, die seine Meinung teilten; allerdings stimmten alle CSU-Ausschussmitglieder für den Zusatzbau. Fraktionssprecher Dieter Hummel räumte zwar ein, dass die Komplettlösung mit einem 40-Millionen-Euro-Umfang „in der Corona- und derzeitigen



Unter mehreren Alternativen entschied sich der Kreisausschuss für dieses Konzept, das nun bis Ende des Jahres genehmigungsfähig ausgeplant werden soll.
Quelle: Landratsamt Neustadt / Bearbeitung: FLZ

Finanzlage nicht darstellbar“ sei, den Erweiterungsbau für rund acht Millionen Euro hielt er aber durchaus für vertretbar. Die weiteren Sanierungsschritte ließ Hummel dahingestellt; er plädierte diesbezüglich vorerst für Schadensbehebungen nach Bedarf.

Von den übrigen Kreistagsparteien folgten die Redner ebenfalls den Überlegungen des Landrats und der Planer. So sprachen sich Helmut Reiß (UWG), Wolfgang Eckardt (FWG) und Jürgen Heckel (WiR) jeweils für die besagte Campus-Lösung aus.